

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Hauptredaktion: Dresden  
Haupt der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, L. G. Dresden,  
Gebäude Wenzel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen imbeständiger Art ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Höhe der Gebühren, die der Empfänger der Dresdner Volkszeitung seinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unter-  
abteilung: 2,50 M., vierteljährlich 1,10 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Meißnerstraße 10, Fernsprecher Nr. 531. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftlicher Westendplatz 10, Fernsprecher Nr. 531 und 1370.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Monatszei-  
tung 25 Pf., die 50 mm breite Monatszei-  
tung 40 Pf., und 1,50 M. für auswärtige  
Abnehmer 40 Pf. Abgabe. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 112

Dresden, Montag den 14. Mai 1928

39. Jahrg.

## Der Eisenwucher

Der Umfall des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der bekanntlich der Deutschen Volkspartei angehört, hat jetzt öffentlich seinen Umfall in der Eisenpreisfrage zugegeben. Einem Vertreter der nationalsozialistischen Zeitung gegenüber erklärte der Minister, der persönlich keine Zeit hatte, am Donnerstag den Verhandlungen über die Eisenpreisfrage in Berlin beizuwohnen, daß eine Erhöhung um 4 M. für Walzwerkezeugnisse kaum zu umgehen sei. Er verkenne jedoch nicht die ersten wirtschaftlichen Auswirkungen und halte auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Preisserhöhung nicht für richtig. Er hätte es für richtiger gehalten, wenn die Erhöhung dieses Jahres vorgenommene Preisserhöhung um 3 M. unterblieben wäre.

Für diese Nebenarten des Reichswirtschaftsministers können wir alle diejenigen, die von den Auswirkungen der Preisserhöhung betroffen werden, natürlich nichts tun. Wenn der Reichswirtschaftsminister heute noch auf dem Standpunkt steht, daß die erste Preisserhöhung im Januar verfehlt war, so hätte er die Pflicht gehabt, mit allen Mitteln dagegen zu kämpfen. Das hat er nicht getan. Er hat sich damit begnügt, mit der Kartellvereinbarung zu drohen, um dann gegenüber den Forderungen der Schwereindustrie den Rückzug zu suchen. Der Reichswirtschaftsminister hat die Aufgabe, über die Interessen unserer Gesamtwirtschaft zu wachen. Die beiden Eisenpreisrückführungen im Zeitraum von drei Monaten haben gezeigt, daß der Minister nur Interessentenschutz machen kann.

Die Öffentlichkeit wird auch den Kopf schütteln. ...

Schlecht der Herr Reichswirtschaftsminister über den Umfang der Eisenpreisrückführung unterrichtet ist. Er spricht sehr optimistisch von einer Preisrückführung um 4 M. für Walzwerkezeugnisse. Die Erhöhungen betragen aber (nachdem die Eisenindustrie eine Zeitung zur Täuschung der Öffentlichkeit, von einer Durchschnittspreisrückführung um 3 M. gesprochen hatte) für Walzdraht 7 M., für Bandstahl 6 M., für Grobblech 7 M. und für Halbzeug, Formeisen und Stabeisen je 4 M. Dazu kommt eine Preisrückführung der Eisenwaren um 6 Prozent. Auch hat bereits der Röhrenverband eine Preisrückführung angekündigt.

Die Preisrückführungen sind so phantastisch hoch, daß sie in keinem Verhältnis zu der Kohlenpreisrückführung stehen. Die Bergarbeiter zum Anlaß genommen, um ihre Forderungen zu erhöhen; nebenbei verfolgt sie den Zweck, die Einwirkung der Schiedssprüche und der Verbindlichkeitsverpflichtungen zu sabotieren.

Die Werksleitungen in Stadt und Land müssen erkennen, daß es sich hier um ein System handelt: man will die Lohnbewegung der Arbeiterschaft auf jeden Fall sabotieren und riefert dabei, die deutsche Wirtschaft in eine Krise zu treiben.

Dieser Kampf wird im nächsten Reichstag entschieden werden. Die Arbeiterschaft kann ihn nur gewinnen, wenn eine starke Sozialdemokratie zur Stelle ist. Darum ist es Pflicht aller, am 20. Mai sozialdemokratisch zu wählen! Seite 1.

## Was Frankreich lehrt!

Ein Nachwort zur Wahlentscheidung

Von Tony Sender, M. d. R.

Au der gesamten deutschen Öffentlichkeit haben die französischen Kammerwahlen eifrige Beachtung gefunden. Nur zu verständlich! Zunächst bewog dazu schon die Nähe der beiden Wahltermine — fast einen Monat vor uns wählten die Franzosen —, darüber hinaus aber mußte der einschlagende künftige Kurs des Nachbarlandes auch diesseits der Grenzen interessieren. Dennoch darf das Sozialisten nicht dazu verleiten, ein zu rasches Urteil über ausländische Ereignisse zu fällen. Als Marriiten haben wir gelernt, jeweils die besonderen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zu berücksichtigen, neben der gleichen Klassenlage doch niemals die verschiedene historische Entwicklung aus dem Auge zu lassen.

Diese gebotene Zurückhaltung soll uns keineswegs davon abhalten, uns ein Urteil zu bilden und Folgerungen aus so wichtigen politischen Vorgängen in der Internationale zu ziehen. Aber zunächst gilt es doch einmal, sich so genau wie nur irgend möglich zu informieren, besonders dann, wenn man glaubt, scharfen Tadel gegen eine Feindpartei auszusprechen zu müssen. Das aber ist eine Aufgabe, die in einer kurzen Notiz zum Ausdruck bringen, der Grund für den Ausgang des ersten Wahlganges in Frankreich liegt in der Zweideutigkeit der von der sozialistischen Partei betriebenen Politik; um dann wörtlich später zum Ausdruck zu bringen: „Aber da es für den Sozialismus nicht auf Worte, sondern auf Taten ankommt, muß man zugeben, daß er einen Mißerfolg erlitten hat.“

In der erstgenannten Schlussfolgerung liegt ein erster Vorwurf, in der zweiten eine tatsächliche Feststellung — beide so ernst, daß sie auch den Sozialisten in Deutschland nicht gleichgültig lassen könnten.

Vorhin aber bestand die angebliche Zweideutigkeit der Politik der französischen Sozialisten? Sie hatten in Frankreich einen solch verborgenen Proporz nach dem Kriege eingeführt, daß unter der Herrschaft dieses Wahlsystems der Sieg des Nationalen Blocks durch das Bündnis der Rechtsparteien bei den ersten Nachkriegswahlen gesichert war und nicht zur Reaktion im Innern, sondern vor allem zu einem chauvinistischen Kampf in der Außenpolitik führte, der schließlich in der Ruhrbesetzung gipfelte. Anfang 1924 hatten die französischen Sozialisten ihre Wahltaktik zu bestimmen. Sollten sie dem wilden Chauvinismus wieder Triumphe bereiten dadurch, daß die Gegner der Gewaltpolitik ihre Stimmen auf verschiedenen Wahllisten zerstückelten, während die Reaktion wieder geschlossen marschierte? Oder sollten unsere französischen Genossen in erster Linie als internationale Sozialisten handeln und die Überwindung der nationalen Feindschaft im chauvinistischen Lande Frankreich als Ziel über alle anderen Bedenken stellen? Unsere französischen Genossen haben als internationale Sozialisten gehandelt und darum an vielen Stellen, an denen der Sieg des Chauvinismus drohte, diesem durch ein Kartell mit der bürgerlichen Linken eine Niederlage bereitet. Man konnte gewiß ernste Bedenken gegen eine solche Taktik haben, und sie würden in Frankreich sehr eingehend erörtert. Aber können wir in Deutschland heute 1928 darüber entscheiden, nachdem nicht nur Deutschland als Nation, sondern insbesondere auch die deutsche Arbeiterschaft als Klasse Kruziführer der Folgen dieser Politik gewesen? Wir brauchen nur gegenüberzustellen 1923 und das Jahr 1928, die Zeit der Inflation und Auflösung und das Wahljahr 1928 mit seinen wiedererstarkten proletarischen Organisationen, die uns den Boden für den Kampf mit dem Kapital wieder zurückgegeben haben. Ohne das von internationaler Solidarität besetzte Verhalten der französischen Sozialisten wäre der Wandel in Frankreich noch lange hinausgezögert, damit auch die vernünftige Lösung der Reparationsfrage aufgeschoben werde und die Wiedererstarkung des deutschen Proletariats viel, viel später eingetreten. Grund genug, um gerade uns einige Zurückhaltung im Urteilen aufzuerlegen.

Und will man etwa den französischen Sozialisten einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht in die Regierung eingetreten sind? Sie haben damit nur zum Ausdruck gebracht, daß sie auch zum linksstehenden Bürgertum nicht das Vertrauen hatten, um sich zu eng an dies Bürgertum zu binden; darum erklärten sie sich nur zu dessen Unterstützung so lange bereit, als seine Politik im Einklang mit den von den Sozialisten aufgestellten Forderungen (die von den Radikalen angenommen worden waren) stand. Konsequenterweise wurde den Radikalen diese Unterstützung entzogen, als diese linksbürgerliche Partei sich als so schwach erwies, wie es von den Sozialisten vorausgesehen war, und als sich insbesondere die Finanz mit aller Wucht gegen eine Sanierung der Währung unter sozialistischem Einfluß mit der von diesem verlangten Kapitalabgabe wandte.

Um es aber nicht zu einer Wiederholung jener Zwangslage des Kartells kommen zu lassen, hatten die Sozialisten inzwischen auf eine Abänderung des Wahlrechts gedrängt. In jedem Preis mußten die Sozialisten wieder überall in die Lage versetzt werden, im Wahlkampf selbsthalten die eigene Standarte in aller Selbständigkeit entfalten zu können. Aus diesem Grunde zogen sie einem verborgenen, oft ins Gegenteil

## Schwarzweißrote Auschnitte

1. An der Spitze der großagrarischen Wahlendemagogen steht der schlesische Landbundführer und Reichstagsabgeordnete Reichherr von Richthofen, dem keine Liebe gegen die Sozialdemokratie zu gemein ist. Dieser Mann, der die Landarbeiter mit Freibier und Drohungen zu den nationalsozialistischen Wahlversammlungen zusammenzutreiben läßt, rühmt sich, ein Mutterlandwirt, ein warmherziger Freund der Arbeiter zu sein. Die Wahrheit ist, daß auf seinen Gütern eine unglaubliche Miswirtschaft herrscht, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter den fargen Lohn entgegennehmen müssen, ohne eine wirkliche Lohnabrechnung zu erhalten, daß sie in Wohnungen untergebracht sind, die beispielsweise noch Piegelpflaster statt des polierbaren haben und auch sonst nicht menschenwürdig sind. Dieser Mann fürchtet, daß ein Arbeiterwahltag den bei ihm beschäftigten Landarbeitern den Rücken stärken würde, daß er und seinesgleichen nicht mehr auf Staatssubvention für ihre Miswirtschaft rechnen können, wenn die Macht des Arbeiterblocks gebrochen ist. Die Wahl ist für ihn eine Gewissensprobe, bei der man viel verlieren — aber mit der größten Mühe als Einfluß vielleicht auch viel gewinnen kann.

Die Herrschaften wissen schon, warum sie jetzt alles aufgeben. Noch ein Beispiel aus Sachsen: Eines der größten sächsischen Rittergüter, das Gut Friesen, 320 Hektar groß, mit einem Viehbestand von 11 Pferden, 27 Schweinen und 21 Stück Rindvieh und ausgestattet mit den modernsten Maschinen, ist von einem Herrn Wilmann gepachtet, einem sächsischen Nationalsozialisten. Dieser Herr zahlt jährlich sage und schreibe 150 M. Einkommensteuer — genau so viel wie ein Arbeiter mit 30 M. Wochenlohn. Die Erhaltung dieser im Himmel schreienden Zustände — das ist das Ziel der nationalsozialistischen Wahlendemagogie.

Die Landsknechtsorganisationen in Deutschland, die Leute von Wiking und Hakenkreuz, begehren nach Verbrennen an jenen Jugendlichen, die einen großen Teil des Nationalerbes des Reiches an sich ziehen. Hier ist ein kurzer Auschnitt vom Leben und Sterben eines solchen jugendlichen Landsknechtes. Wir lesen im nationalsozialistischen Beobachter die folgende Fabel über den Selbstmord eines Hitler-Namens in der Provinz, der einst als Führer der Hitlerischen Sturmabteilung in Dortmund eine große Rolle bei den Hakenkreuzern gespielt hat:

Im Jahre 1900 zu Berlin geboren, wurde ihm ein Landsknechtschicksal in die Wiege gelegt. Als Siebzehnjähriger trat er in das deutsche Heer ein und kämpfte mit in den Schlachten des Weltkrieges. Das Schicksal hat ihn nicht als Held des Friedens nicht froh werden. Deshalb er hat nicht zurück in die Heimat, nicht in die warme Sonne, sondern mit vielen Tausenden zog er hinaus ins Vaterland. Überall, wo das Vaterland bedroht war, war er zu finden. In Oberitalien, im Ruhrgebiet, mit Schlageter zu kämpfen, aber er nicht ungerührt ins Grab sinken ließ. Blut und Schweiß, das er nicht ungerührt ins Grab sinken ließ. Blut und Schweiß, das er nicht ungerührt ins Grab sinken ließ. Blut und Schweiß, das er nicht ungerührt ins Grab sinken ließ.

Land. Unstet und flüchtig war er geworden. Im ewigen Eifer mit seinem Schicksal konnte er trotz allem die Kraft nicht finden, weiter zu denken, und da er nicht Bettler sein wollte, griff er zur Waffe.“

Wit sieben Jahren in den Krieg, und was der Krieg begonnen, haben die gewissenlosen Landsknechtsführer vollendet. Dieser Ruf ist eine suchbare Anklage gegen die rechtsradikalen Landsknechtsorganisationen!

Der Landbund in Baden, die Larnorganisation der Deutschen Nationalen, schiebt bei der Wahlmaske den Bogen ab. Der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Juller kandidiert er bei der Christlichnationalen Bauernpartei, der Landbundführer Klauber bei der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Vorsitzende des Landbundes Depphard auf der Liste der Deutschen Nationalen. Die Herren denken getrennt kandidieren, um noch der Wahl vereint in die deutschnationale Reichstagsfraktion zu marschieren. Aber sie werden enttäuscht sein: sie marschieren vor der Wahl getrennt, werden dafür aber in der Wahl vereint geschlagen werden.

Zwischen den Parteien hin und her pendelt der Sumpf der Indifferenten aus dem bürgerlichen Lager. Der Schwamm der Unentschiedenen und Unpolitischen, die zum Glück für die deutsche Nation alles ist, und alles Geschäft. Hier ist ein Beispiel, unter welchem Gesichtspunkt diese Gummiwägen die Reichstagswahl anziehen: Streng vertrauliches Rundschreiben einer Berliner Spezialfabrik für Kautschukstempel:

Werte Firma, der Kautschukstempel im Dienste der Reichswahlpropaganda! Bei den Reichstagswahlen sehr wieder eine Reichpropaganda der einzelnen Parteien ein. Es gilt hier nun auch für unsere Branche zu versuchen, geschäftlich so viel wie möglich dabei herauszuschlagen. Bei der vergangenen Reichstagswahl sind in unserm Betriebe für die deutschnationale Partei circa 500 Stempel im Format von 22x4 Zentimeter mit dem Text: Wahl deutschnational, sowie weit über 10.000 kleine Taschenstempeldosen herausgegangen. Retonen möchten wir noch, daß bei der letzten Wahl seitens der deutschnationalen Volkspartei für Dofenstempel 150 M. gezahlt wurden. Nun einer gebrauchten Propaganda für unsere Handarbeit haben wir diesmal Abstand genommen, da selbstverständlich der Aufsicht erwidert werden muß, daß jeder Partei nur allein diese Propaganda empfohlen wird.“

Das sind die echten Kautschukwägen des deutschen Bürgertums! Wahlkampf im Zeichen des Kautschuks!

Nationalsozialistische Kämpfer. Am Samstag sprach der bekannte französische Professor Edgar Basse in Hamburg in einer Versammlung der Liga für Reichsrechte im Sinne der Selbstverteidigung. Circa 30 führende Nationalsozialisten versuchten, die Veranstaltung zu fördern. Sie wurden von Reichsbannerleitern unter dem Vorwand der Versammlung zu diesem Zweck abgelehnt.